

## **Antrag**

**der Abgeordneten Cornelia Pieper, Ulrike Flach, Christoph Hartmann (Homburg), Birgit Homburger, Horst Friedrich (Bayreuth), Daniel Bahr (Münster), Rainer Bröderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Michael Kauch, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Gisela Piltz, Dr. Andreas Pinkwart, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP**

### **Stärkung der europäischen Raumfahrtspolitik – Gewinn für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Deutschland**

Der Deutsche Bundestag möge beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Die Raumfahrt und die Raumfahrtforschung stellen innerhalb der führenden Industrienationen einen bedeutenden wirtschaftlichen Faktor dar, der die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften sichern hilft. Ihr Einfluss auf Wirtschafts-, Industrie- und Forschungspolitik ist deutlich und nimmt stetig zu. Längst haben die Raumfahrt und ihre Erkenntnisse die gesamte Gesellschaft und ihre Kultur durchdrungen.

Durch die Raumfahrt und die Raumfahrtforschung sind eine Vielzahl von modernen und hoch qualifizierten Arbeitsplätzen in Forschung, Industrie sowie in kleinen und mittelständischen Unternehmen entstanden, die für die Wettbewerbsfähigkeit und die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands, und auch der Europäischen Union von großer Bedeutung sind.

Die Raumfahrt hat darüber hinaus einen wichtigen Nutzen für die Menschen und die Umwelt: Mit Hilfe der Erdbeobachtung können präzise Wettervorhersagen gemacht werden, die Aussagen über erwartete Niederschläge in einer Region oder über Unwetter und Stürme beinhalten. Die Erdbeobachtung kann das Auffinden von Umweltverschmutzern erleichtern und diese auch überführen.

Die Sicherung des unabhängigen europäischen Zugangs zum Weltraum ist aus industrie-, umwelt-, forschungs- und sicherheitspolitischer Sicht eine Aufgabe von strategischer Bedeutung. Europa muss über eine eigenständige weltraumgestützte Kommunikations-, Navigations- und Erdbeobachtungsinfrastruktur sowie einen autonomen Zugang zu dieser Infrastruktur mittels europäischer Trägerraketen und Startplätze verfügen. Die Bundesregierung muss dafür Sorge tragen, dass dieser Tatsache Rechnung getragen wird und der deutsche ESA-Anteil nicht - wie im Jahr 2003 geschehen - reduziert, sondern 2004 auf einen Betrag von mindestens 560 Mio. € aufgestockt wird. Für die Folgejahre ist eine Anhebung der Finanzplanung um mindestens 2 % p.a. erforderlich.

Nur mit einem spürbaren finanziellen Bekenntnis aller europäischen Mitgliedstaaten kann die deutsche und europäische Forderung nach einem autonomen europäischen Zugang zum All durch Sicherung der europäischen Trägerrakete Ariane realisiert werden.

Zugleich muss das Nationale Raumfahrtprogramm gestärkt werden. Sowohl national als auch für die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit Europas ist es von besonderer Bedeutung, dass gerade die europäische Höchsttechnologienation Deutschland einen angemessenen Beitrag für die Raumfahrtforschung und -technik im Rahmen des Nationalen Raumfahrtprogramms leistet und so zu einem wichtigen Impulsgeber für europäische Entwicklungen wird.

Vor dem Hintergrund der Beschlüsse der ESA-Ministerratskonferenz vom 27. Mai 2003 ist es notwendig, die deutschen Positionen zur europäischen und nationalen Raumfahrtspolitik neu zu justieren.

Der Bundestag begrüßt in diesem Zusammenhang auch die aktuelle Entscheidung der Europäischen Union, der ESA und der EU-Mitgliedsstaaten, einen deutschen Kandidaten zum Direktor des Gemeinsamen Unternehmens GALILEO, das seinen Sitz in Brüssel haben wird, zu ernennen. Durch die Entscheidung, die mit der Durchführung dieses Projektes zuständige Einrichtung in Deutschland anzusiedeln, ist gerade in diesem wichtigen und hochtechnologischen Bereich mit wesentlichen Rückflüssen für die Deutsche Industrie und Wirtschaft zu rechnen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Entscheidung der ESA-Ministerratskonferenz, den Ariane-Startplatz in Kourou zukünftig für den Start von russischen Sojus-Raketen zu nutzen. Dies ist ein positiver Impuls für die weitere Zusammenarbeit zwischen Europa und Russland, auch in über die Raumfahrt hinausgehenden Forschungs- und Entwicklungsbereichen. Es muss aber in jedem Fall sichergestellt sein, dass Sojus sich nicht zu einer direkten Konkurrenz zu Ariane entwickelt. Auch sollte die verstärkte Kooperation dazu führen, dass Europa in technologischer Hinsicht von den russischen Erfahrungen und Errungenschaften profitiert.

Die jüngsten tragischen Unfälle in der amerikanischen und europäischen Raumfahrt haben uns gezeigt, dass der bemannte und unbemannte Flug ins All nach wie vor eine enorme Herausforderung an Mensch, Material und Maschine darstellt. Keinesfalls dürfen jedoch diese schrecklichen Ereignisse dazu führen, Raumfahrt und Raumfahrtforschung in Frage zu stellen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. die Bedingungen dafür zu schaffen, dass die technischen und wissenschaftlichen Potenziale von Raumfahrt und Raumfahrtforschung in der Wirtschaft, der Verwaltung und der Forschung besser genutzt werden können,
2. diejenigen Entwicklungen in der Raumfahrt zu fördern, die mittel- bis langfristig volkswirtschaftlichen Nutzen erzielen und auch zur Stärkung des nationalen Arbeitsmarktes beitragen,
3. das Nationale Raumfahrtprogramm durch finanzielle Mittel und organisatorische Maßnahmen so auszugestalten, dass eine eigenständige deutsche Raumfahrtpolitik betrieben werden kann, die zugleich die Europäische Raumfahrtpolitik nachhaltig beeinflussen kann,
4. dafür zu sorgen, dass die unterschiedlichen deutschen Ministerien, die Verwaltungszuständigkeiten in der Raumfahrt besitzen (v.a. BMBF, BMVg, BMVBW, BMWA, AA), eine aufeinander abgestimmte und konsistente Raumfahrtpolitik betreiben, die unter Einbeziehung des DLR als Agentur in einem gemeinsamen deutschen Raumfahrtprogramm festgelegt wird,
5. dazu beizutragen, dass das Nationale Raumfahrtprogramm und die europäischen Forschungsprogramme besser aufeinander abgestimmt werden,
6. die Wirtschaftsförderung im Bereich der Raumfahrt auf die Übernahme von „Systemaufgaben“ von Netzwerken kompetenter kleiner und mittelständischer Zulieferer zu richten und somit die strukturelle Lücke zwischen globalen Systemanbietern und nationalen Komponentenlieferanten zu schließen,
7. durch geeignete Maßnahmen Forschungspartnerschaften zwischen Industrie / Wirtschaft mit den staatlichen Forschungseinrichtungen und Hochschulen zu fördern (Personalaustauschprogramme, Innovationsmessen, etc.),

8. die selbständige unternehmerische Risikobereitschaft der Akteure aus der Industrie durch entsprechende Begleitprogramme zu anzuregen und fördern, z.B. durch PPP oder alternative Finanzierungsprogramme,
9. durch eine gezielte Industrie- und Wirtschaftsförderpolitik dafür Sorge zu tragen, dass KMU ihre Produkte und Verfahren für Anwendungen in der Raumfahrt qualifizieren und einbringen zu können, um so nicht nur den Systemführern, sondern auch dem Mittelstand faire Wettbewerbsbedingungen schaffen zu können,
10. künftig mehr Mittel in die Aus- und Weiterbildung von Natur- und Ingenieurwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern zu investieren, um so dem gegenwärtigen „brain drain“ aus Deutschland zu stoppen,
11. geeignete Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils an Absolventen aus den Natur- und Ingenieurwissenschaften zu schaffen, z.B. durch gezielte Informations- und Lehrveranstaltungen über natur- und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge, berufsbezogene Ausbildungsmessen, Studienbegleitung zur Sicherung erfolgreiche Studienabschlüsse, Schülerlabore, etc.
12. Anreize für Absolventen aus den Natur- und Ingenieurwissenschaften zu schaffen, Berufe im Zusammenhang mit Raumfahrtforschung und -technologie zu ergreifen und hier insbesondere den Anteil an Frauen in diesen Bereichen durch geeignete Maßnahmen zu steigern (z.B. spezifische Veranstaltungen wie „Frauen in Luft- und Raumfahrt“),
13. in der Raumfahrtpolitik das Ziel zu verfolgen, die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Ziele der europäischen Staaten mit einem angemessenen und profilierten deutschen Anteil zu erreichen,
14. den Aufbau eines europäischen Netzwerks der Kompetenzzentren in der Raumfahrt unter deutscher Führung zu unterstützen,
15. die Vernetzung der deutschen Raumfahrtkapazitäten, auch die der neuen Bundesländer, mit dem Prozess der Integration der gesamteuropäischen Forschungs- und Entwicklungskompetenzen zu effizient zusammenwirkenden Strukturen zu verknüpfen,
16. mit einem klaren strategischen Raumfahrtkonzept die Fähigkeit zu strategischer Aufklärung als auch militärischer Kommunikation zu ermöglichen,
17. sich gemeinsam mit den Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union für die Einrichtung eines gemeinsamen operativen, weltweit einsetzbaren europäischen Satellitenbeobachtungssystems für Sicherheits- und Verteidigungszwecke (BOC) einzusetzen,
18. sicherzustellen, dass die jetzt bestehenden Gesetzgebungszuständigkeiten und Befugnisse Deutschlands im Bereich der Raumfahrt nicht durch eine Übertragung von Raumfahrtkompetenzen auf die Europäische Union eingeschränkt, sondern optimal ergänzt werden,
19. dafür Sorge zu tragen, dass das hohe deutsche Rückflussdefizit aus den ESA-Programmen konsequent verringert wird und Deutschland für den Zeitraum 2004-2007 zusätzlichen ESA-Aufträge für die deutsche Industrie im Umfang von mindestens 150 Mio. Euro erhält,
20. geeignete Maßnahmen zur kontinuierlichen und gezielten Erhöhung des deutschen Personalanteils in der ESA und der Europäischen Union zu treffen,
21. ihren Einfluss in der ESA dahingehend geltend zu machen, dass das geplante Ariane-Unterstützungsprogramm EGAS (2005-2009) nach seinem Auslaufen in ein sich selbst tragendes System für den europäischen Trägersektor überführt wird,

22. sich darum zu bemühen, dass Deutschland an allen wichtigen wissenschaftlichen Programmen und Projekten der ESA und der EU beteiligt wird,
23. sich dafür einzusetzen, dass die wissenschaftlichen Programme der ESA mit den Forschungsrahmenprogrammen der EU vernetzt werden,
24. die amerikanischen Versuche, GALILEO zu behindern, zurückzuweisen und für die europäische Autonomie in diesem wichtigen Technologie- und Industriebereich einzutreten,
25. sich dafür einzusetzen, dass die Geschäfts- und Finanzabläufe von Ariespace von einer unabhängigen, gegenüber der Europäischen Union und der ESA berichtspflichtigen Einrichtung überprüfen zu lassen, um sicherzustellen, dass die massiven Verluste des Unternehmens aus den vergangenen Jahren nicht auf unternehmerische Fehlplanungen und -entscheidungen zurückzuführen sind,
26. sicherzustellen, dass EADS, die durch den ESA-Ministerratskonferenzbeschluss vom 27. Mai 2003 zum Hauptauftragnehmer für die Produktion der Ariane benannt worden ist, einer ebensolchen unabhängigen Kontrolle unterzogen wird.

#### Begründung:

Raumfahrt und Raumfahrtforschung sind zukunftssträchtige Technologiefelder, die die entscheidenden Schlüsseltechnologien für das 21. Jahrhundert miteinander verbinden und ergänzen. Sie sind Triebfedern der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung und gleichermaßen Instrumente zur Gestaltung der Gegenwart wie der Zukunft.

Für die Menschheit ist die Raumfahrt zugleich Faszination und Ausdruck ihrer Hoffnung, die großen Zusammenhänge in der Natur und der Schöpfung immer besser verstehen zu lernen.

Raumfahrt und Raumfahrttechnologie umfassen eine Vielzahl unterschiedlicher Disziplinen und Bereiche innerhalb Forschung und Entwicklung und bringen so wichtige Impulse für die Wissenschaft in unterschiedlichen Bereichen der Grundlagen- wie der angewandten Forschung, angefangen bei den klassischen Fragestellungen wie

Energietechnik, Antriebskonzepte, Forschung unter Schwerelosigkeit, Material- und Produktionswissenschaften bis hin zu Robotik, Mechatronik, Mikro- und Nanotechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologie, Raumfahrtmedizin.

Viele gemeinsame politische und strategische Ziele der europäischen Staaten werden durch die Raumfahrt unterstützt: wirtschaftliches Wachstum, Informations- und Kommunikationssysteme, Verkehrsinfrastrukturen, Schutz der Umwelt und Friedenssicherung.

Die komplexen Herausforderungen, der sich der Raumfahrt stellen, haben immer wieder zur Entwicklung und Erprobung fortschrittlicher Technologien geführt, die auch auf der Erde genutzt werden können. Viele der bis heute getätigten Investitionen sind in Form von Technologien, neuartigen Produkten, Verfahren und Lernprozessen in die Volkswirtschaft und die Gesellschaft zurückgeflossen und haben unser Leben auf der Erde nachhaltig positiv verändert. Dies gilt vor allem für Anwendungen in den Bereichen Gesundheit und Umwelt. Hierfür lassen sich viele verschiedene Beispiele nennen, beispielsweise der aus Raumanzügen für Astronauten entwickelte Anzug zur Früherkennung von Symptomen im Zusammenhang mit den plötzlichen Kindstod oder an Anwendungen im Bereich der Erdbeobachtung, die das Kartieren von landwirtschaftlichen Nutzflächen, Forstflächen in nie gekannter Präzision ermöglichen oder die Detektion von Ölverschmutzungen auf den Weltmeeren durch Satelliten. Die Raumfahrt trägt ein hohes Verwertungspotential in sich und kann neue Märkte und Arbeitsplätze schaffen.

Die Raumfahrt ist ein innovativer Zukunftsmarkt, der auch viele Berufschancen und neue Tätigkeitsfelder eröffnet. Allein durch die Entwicklung und den Betrieb von GALILEO wird mit dem Entstehen von 20.000 neuen Arbeitsplätzen in Europa gerechnet. Daher muss Deutschland auch

künftig mehr auf die Ausbildung von und Naturwissenschaftlern sowie Ingenieuren setzen, vor allem in Hinblick auf die verstärkten Anwendungen der Ergebnisse aus der Raumfahrtforschung. Eine der Aufgaben deutscher Bildungs- und Forschungspolitik muss es sein, den „brain drain“ aus Deutschland zu stoppen, indem junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in die Lage versetzt werden, in Deutschland auf Dauer einen hoch qualifizierten Arbeitsplatz zu finden.

Die Raumfahrt zählt zu jenen Motoren der Globalisierung, die weltweit einen schnellen Informationsaustausch ermöglichen. Die Satellitenkommunikation und die Erdbeobachtung sind die hierfür notwendigen technischen Instrumente für eine moderne, zukunftsorientierte Gesellschaft. Die technische Basis bilden die innovativen Produkte der Raumfahrt, die über Telekommunikations- und Navigationssatelliten essentielle Aufgaben im Datenaustausch und bei der effizienten Einführung von Logistiksystemen, z.B. elektronischen Mautsystemen, übernehmen.

Die nationale F&E-Politik im Bereich der Satellitentechnologie sollte sich auch künftig auf die Bereiche Erdbeobachtung, Navigation, Telekommunikation und wissenschaftliche Erforschung des Alls konzentrieren. Im Bereich der Erdbeobachtung wird es mittelfristig darum gehen, die nationalen Kompetenzen vor allem in der Radarsensorik zum Schwerpunkt der europäischen F&E-Zentren zu entwickeln. Verstärkt werden die Aktivitäten zur gesellschaftlichen Nutzung von Erdbeobachtungsinformationen (auch die optischer Systeme) für zivile, hoheitliche und militärische Anwendungen. Hierfür muss ein nationales Vorbereitungsprogramm der GMES-Initiative der EU implementiert werden. In dessen Folge soll ein Netzwerk operationeller Satelliten für Europa aufgebaut werden, mit dem die Möglichkeiten der Erdbeobachtung für eine Vielzahl von Anwendungen in Bereichen wie Umwelt-, Verkehrs- und Entwicklungspolitik oder etwa auch zum länderübergreifenden Katastrophenschutz (zuverlässige Vorhersage und Warnung vor Extremwetterereignissen) zugänglich gemacht werden.

In der Navigation wird es kurzfristig darum gehen, die Realisierung des GALILEO-Programms nunmehr umgehend zu beginnen und den eingetretenen Zeitverlust aufzuholen. Das von der Europäischen Union und der Europäischen Weltraumagentur ESA gemeinsam beschlossene und finanzierte europäische Satellitenprojekt „GALILEO“ dient mit seinen umfassenden Leistungen im Bereich Navigation und Ortung auch den Sicherheitsinteressen Europas.

Auch das GMES System der Europäischen Union kann durch seine unterschiedlichen Funktionen und Dienste der Erdbeobachtung, der Umwelt- und Sicherheitsüberwachung wichtige Beiträge zur Umwelt-, Entwicklungs- sowie Sicherheitspolitik der Europäischen Union leisten.

Sowohl die deutsche als auch die europäische Raumfahrtspolitik ist auf die institutionelle Nachfrage angewiesen. Dies gilt insbesondere in der gegenwärtigen Situation schwacher kommerzieller Märkte. In Europa betrug der Anteil der kommerziellen Nachfrage in Spitzenzeiten 40 %, ist seither aber konstant rückläufig. Die Europäische Union hat mit ihren Beschlüssen zu GALILEO und GMES die Voraussetzungen für eine Erhöhung der institutionellen Nachfrage geschaffen. Jetzt müssen auf nationaler und auf europäischer Ebene Konzepte für die Steigerung des kommerziellen Interesses entwickelt und durchgesetzt werden. Die Industrie Europas und Deutschlands muss eine Mitverantwortung übernehmen und sich aktiv an der Finanzierung operationeller Raumfahrtstrukturen beteiligen.

Die nationale Raumfahrtspolitik muss das Ziel verfolgen, die wirtschaftlichen und wissenschaftlichen und Gemeinschaftsziele Europas mit einem angemessenen und profilierten deutschen Anteil zu erreichen.

Allerdings werden die technischen Schwerpunktsetzungen nationaler Forschungs- und Entwicklungsprogramme der Raumfahrt enger als in der Vergangenheit mit den Aktivitäten aller europäischen Partner zu verzahnen sein. Eine zersplitterte europäische Forschungslandschaft in der Raumfahrt verschwendet Ressourcen und Potentiale.

In diesem Sinne muss die Entwicklung eines gesamteuropäischen Forschungsraums mit geeigneten Instrumenten unterstützt werden. Die hierzu eingeleiteten Schritte der Europäischen Kommission im 6. Forschungsrahmenprogramm der EU (z.B. Exzellenznetzwerke, Integrierte Projekte) können einen Beitrag hierzu leisten. Daneben müssen neue Formen von länderübergreifenden, vernetzten Forschungsoperationen gefunden und erprobt werden.

Dabei muss darauf geachtet werden, dass angesichts des hohen deutschen Beitrages an der Finanzierung der EU- bzw. der ESA-Programme berechnigte nationale Interessen ihren angemessenen Niederschlag finden.

Die Sicherung des unabhängigen europäischen Zugangs zum Weltraum mit eigenen Startplätzen, Trägerraketen, Bodeninfrastrukturen und Satelliten ist eine Aufgabe von strategischer Bedeutung. Der deutsche Anteil an Entwicklung und Fertigung muss dabei konsequent gesteigert und innovative Entwicklungen auf den entsprechenden Sektoren gesichert werden. Die Beschlussfassungen der Europäischen Union<sup>1</sup> sowie die Beschlüsse der ESA-Mitgliedsstaaten auf der ESA-Ministerratskonferenz vom 27. Mai 2003 ermöglichen mittelfristig eine die Umsetzung dieser Politik.

Das erfordert von allen EU-Mitgliedsstaaten die Bereitschaft, ihre nationalen Kompetenzen und Infrastrukturen auszubauen und so mit europäischen Programmen (ESA und EU) zu vernetzen, dass ein echter europäischer und nationaler Mehrwert entstehen kann. In diesem Zusammenhang ist auch die Einbindung der Raumfahrtkapazitäten der neuen Bundesländer (z.B. Jena-Optronik, STS-Systemtechnik Schwerin (Fuchs-Gruppe), RST Rostock-Systemtechnik (ASTRIUM) und Jenoptik) in die gesamteuropäischen Forschungs- und Entwicklungskompetenzen wichtig. Diese müssen die Basis für wettbewerbsfähige Partnerschaften bei Produktion und Vertrieb von Raumfahrtssystemen und -diensten auf dem globalen Markt bilden.

In Deutschland wurde durch die Bildung der EADS ein global agierender, wettbewerbsfähiger Systemanbieter auf europäischem Niveau geschaffen, der jedoch derzeit nur im geringem Umfang auf effiziente, am globalen Markt ausgerichtete Strukturen im Bereich der nationalen Zulieferindustrie zurückgreifen kann. Zur nachhaltigen Sicherung der Wettbewerbs- und Konkurrenzfähigkeit von EADS ist es jedoch notwendig, unabhängige effiziente Steuerungs- und Kontrollmechanismen zu implementieren, durch die die sparsame und effektive Mittelverwendung bei der Produktion der Ariane (entsprechend dem aktuellen ESA-Ministerratsbeschluss) sichergestellt wird.

Ein Schwerpunkt der Forschungsförderung muss es sein, durch geeignete Maßnahmen die Übernahme von „Systemaufgaben“ von Netzwerken kompetenter mittelständischer Zulieferer zu fördern um somit strukturelle Lücken zwischen globalen Systemanbietern und nationalen Komponentenlieferanten zu schließen. Hierzu bedarf es gezielter KMU-Fördermaßnahmen, die sowohl in nationale als auch europäische Förderprogramme (z.B. Forschungsrahmenprogramm der EU) eingebettet werden sollten. Geeignete Maßnahmen können außerdem Forschungs- und Entwicklungspartnerschaften mit dem DLR, anderen Forschungseinrichtungen sowie Hochschulen sein.

Als Folge der Wachstumseinbrüche im IT- und Kommunikationssektor zögern kommerzielle Anbieter mit dem Kauf bzw. dem Aufbau neuer Satellitennetzwerke. Dies führt nicht nur zu wirtschaftlichen Einbußen der Satellitenindustrie, sondern hat auch gravierende Folgen für die Wettbewerbsposition der europäischen Trägerrakete Ariane, zumal zeitgleich neue Wettbewerber mit günstigen, zum Teil staatlich subventionierten Systemen auf den Markt treten. Deshalb ist das europäische Engagement zur Fortführung der Ariane-Trägertechnologie, trotz des Rückschlags im vergangenen Dezember, sehr zu begrüßen. Ein unabhängiger Zugang Europas ins All hängt entscheidend davon ab, dass Europa seine Kompetenzen im Bau und Betrieb der Ariane sichert und ausbaut und auf eigene Startkapazitäten zurückgreifen kann sowie eigene Boden- und Kontrollstationen. Dabei muss die Entwicklung der Ariane 5 und ihrer innovativen Antriebstechnologie als einer gegenüber Ariane 4 leistungsfähigeren Trägerrakete weiter geführt werden.

Darüber hinaus sollte die Industrialisierung des europäischen Startdienstleistungsangebots im Sinne eines verstärkten unternehmerischen Engagements unterstützt werden. Vor diesem Hintergrund bleibt eine nationale Beteiligung am ESA-Vorhaben VEGA weiterhin ausgeschlossen – zumal es konkurrenzfähige privatwirtschaftliche Anbieter in Europa gibt (z. B. Eurokot).

Die französische Betreiberfirma der Ariane, Arianespace, muss zukünftig in ihren Geschäfts- und Finanzabläufen einer unabhängigen Kontrolle und Rechenschaftslegung unterzogen werden. Nur

---

<sup>1</sup> „Europe in Space: Turning to a new chapter“, Kommunikation der Europäischen Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, COM (2000) 597.

so kann sichergestellt werden, dass die enormen finanziellen Verluste aus den vergangenen Jahren nicht zu einem Regelfall entwickeln.

Der Ausbau der internationalen Raumstation (ISS) ist eine wichtige Aufgabe der ISS-Partner. Sie verzögert sich aber heute durch einseitig politische Entscheidungen der USA, die dazu geführt haben, dass zum Teil Zusagen gegenüber internationalen Partnern nicht mehr eingehalten werden. Nach dem Shuttle-Unglück und den noch andauernden Untersuchungen verzögert sich der weitere Ausbau der ISS und damit zugleich auch das Andocken des Europäischen Forschungslabors Columbus im Jahr 2004. Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die ISS weiter betrieben und ausgebaut wird. Zudem muss sie gemeinsam mit ihren europäischen Partnern darauf drängen, dass die USA ihre vertraglich vereinbarten Aufgaben im Zusammenhang mit Ausbau und Betrieb der ISS weiterführen. In diesem Kontext ist die Frage nach der Fortführung der Entwicklung des Rettungsgleiters X-38 besonders dringlich. An der Entwicklung des X-38 ist die deutsche Industrie und Wissenschaft maßgeblich beteiligt und bringt ihre Exzellenz ein.

Der Ausbau der ISS ist auf die Erfordernisse der wissenschaftlichen und zukünftig kommerziellen Nutzung der europäischen Partner stärker als bisher auszurichten. Für den operativen Betrieb notwendige Kapazitäten dürfen nicht einseitig gestrichen werden. Der Schwerpunkt künftiger F&E-Politik wird allerdings auf Seiten der wissenschaftlichen Nutzung der Forschungsstation im All liegen. Die Vorbereitung kommerzieller Nutzung erhält dabei besondere Bedeutung.

Durch die Ausweitung der Kompetenzen der Europäischen Union auf die Raumfahrt und die verstärkten Zusammenarbeit mit der ESA, die zu einem Rahmenabkommen über die Kooperation der beiden Akteure führen soll, ist die Basis für eine Vernetzung und inhaltliche Abstimmung zwischen Beiden geschaffen worden. Diese Basis muss auch dazu genutzt werden, deutsche Interesse besser als bisher zu vertreten: Deutschland steht mit einem ESA-Finanzierungsbeitrag von 25% nur knapp hinter dem größten Beitragszahler Frankreich mit 25,6%. Dennoch ist Deutschland in vielen personellen Belangen deutlich gegenüber Frankreich unterrepräsentiert. Dies gilt sowohl für Führungspositionen in der ESA, als auch in der Europäischen Union. Die Dominanz Frankreichs in der Raumfahrt zeigt sich zudem im Rückflussdefizit bei der ESA. Zugunsten der deutschen Industrie muss dieses Defizit in den nächsten Jahren konsequent abgebaut werden.

Im Rahmen einer eigenständigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bietet die Raumfahrt und die Raumfahrtforschung sowohl die Fähigkeit zu strategischer Aufklärung als auch zur militärischen Kommunikation. Die Einsatzerfahrungen der deutschen Streitkräfte im Ausland machen einen uneingeschränkten und unabhängigen Zugriff auf ein System zur satellitengestützten Aufklärung unverzichtbar.

Mit der Beschaffung von SAR-Lupe wurde die Entscheidung für ein auf Radar basierendes Aufklärungssystem mit Wetter- und Tageszeitunabhängigkeit getroffen. Aus diesem Grund begrüßen wir die europäische GMES-Initiative sowie die jüngsten Debatten zur Nutzung von Raumfahrttechnologien zu Sicherheits- und Verteidigungszwecken.

Die Europäische Union bekennt sich zur Entwicklung des vom amerikanischen GPS und dem russischen GLONASS unabhängigen Satellitennavigationsprogramms GALILEO und verfolgt diese Politik nachhaltig.

Diese Haltung ist vor dem Hintergrund der insbesondere in den USA zu beobachtenden Versuche, Einfluss auf GALILEO zu erringen, zu unterstützen und zu fördern. Europa benötigt ein unabhängiges Satellitennavigationssystem, über dessen Funktionieren und Betrieb allein die Staaten der Europäischen Union sowie der ESA entscheiden können.

Berlin, den 23. Juni 2003

**Cornelia Pieper**

**Ulrike Flach**

**Christoph Hartmann (Homburg)**

**Birgit Homburger**

**Horst Friedrich (Bayreuth)**

**Daniel Bahr (Münster)**

**Rainer Brüderle**

**Angelika Brunkhorst**  
**Ernst Burgbacher**  
**Helga Daub**  
**Jörg van Essen**  
**Rainer Funke**  
**Hans-Michael Goldmann**  
**Dr. Christel Happach-Kasan**  
**Klaus Haupt**  
**Ulrich Heinrich**  
**Michael Kauch**  
**Gudrun Kopp**  
**Jürgen Koppelin**  
**Harald Leibrecht**  
**Ina Lenke**  
**Dirk Niebel**  
**Günther Friedrich Nolting**  
**Hans-Joachim Otto (Frankfurt)**  
**Eberhard Otto (Godern)**  
**Detlef Parr**  
**Gisela Piltz**  
**Dr. Andreas Pinkwart**  
**Dr. Hermann Otto Solms**  
**Dr. Max Stadler**  
**Carl-Ludwig Thiele**  
**Jürgen Türk**  
**Dr. Claudia Winterstein**  
**Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP**